

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Bernspruchsstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 172.

Montag, 27. Juli 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Streßa oder durch Postweg
Zahler frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des
Ausgabetales bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Hermann Schmidt, Riesa.

Bekanntmachung.

Auf dem Truppenübungsplatz bei Zeithain werden
am 1. August von 7 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags,
am 3., 4., 5., 6., 7. und 8. August von 7 Uhr Vormittags bis 7
Uhr Nachmittags
Übungen durch Scharfschießen abgehalten und wird der Schießplatz an jedem Schieß-
tage etwa 2 Stunden vor Beginn des Schießens gesperrt.

Unter Hinweis auf die amtshauptmannschaftliche Bekanntmachung vom 4. Juni — Nr. 131
des Rieser Amtsblattes — wird Solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und
werden die Ortsbehörden der umliegenden Dörfschaften veranlaßt, die Einwohnerchaft auf dem
vorgezeichneten Wege auf gegenwärtige Bekanntmachung ausdrücklich hinzuweisen.

Großenhain, am 23. Juli 1896.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

D. 2195.

J. B.: von Gruben.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II. § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887
— Reichsgesetz-Blatt Seite 245 flg. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des
Hauptmarktes Großenhain im Monat Juni dieses Jahres festgesetzte und um fünf

Die Vorgänge in Lille

werden in der Presse allseitig besprochen und beleuchtet und
allseitig gönnt man dem „Vaterlandslosen“ die Veltion, die
ihnen zu Theil geworden. Unsere deutschen Sozialdemokraten
sind ja wegen ihrer Rationalität ganz unschuldig angegriffen
worden — denn geringere Patrioten als sie haben wir
wirklich nicht zu versenden —, aber aus den Vorgängen
haben sie entnehmen können, daß bei den Franzosen Sozial-
demokratie nicht gleichbedeutend mit Vaterlandsfeindschaft ist,
daß der nationale Gedanke — und als solchen müssen wir
die deutschfeindliche Gesinnung unserer Nachbarn doch im
letzten Grunde anerkennen — sich schließlich stärker erweist
als das sozialistische Prinzip. Lille ist eine vorwiegend so-
zialistische Stadt und doch hat ein bedeutender Theil der
Bevölkerung gegen die französischen Sozialistenführer, die
die deutschen Genossen gleich den anderen als Wäpse em-
pfangen wollten, und schließlich sogar gegen die anwesenden
Sozialisten überhaupt demonstriert, indem er die Armee gegen
den Sozialismus auspielte und die rote Fahne der En-
ziehenden zerfetzte. Man kann es nur betrachten, wenn
ein deutsches Blatt heute schreibt: „Umsonst hat Viechtach
die Entstehungsgeschichte des französischen Krieges gefälscht
und das Andenken Kaiser Wilhelms und der Gefallenen von
1870/71 geschmälzt, umsonst hat er selbst in Lille den An-
spruch Frankreichs auf Elsaß-Lothringen anerkannt, die fran-
zösischen Sozialdemokraten glauben bei diesen Deutschen nicht
an Gefühle, denen ihre eigenen Herzen selbst verschlossen sind.
Sie erweisen sich hierin als schlechte Psychologen, sie haben
sich aber ein Verdienst erworben, indem sie dem deutschen
Arbeiter abermals zeigten, daß seine Befürher ihn betrügen,
wenn sie versichern, die französischen Sozialisten seien gleich
ihnen Befürher des vaterländischen Gedankens und Freunde
der Armee.“

Taktlos wie immer, schreibt die „Köln. Ztg.“ sehr richtig,
haben die deutschen Sozialdemokraten eine antideutsche Rum-
gebung hervorgerufen zu einer Zeit, wo es der deutschen
„Bourgeoisie“ und ihren Führern gelungen war, eine freund-
lichere Stimmung in Frankreich hervorzurufen, als sie vor
einer Anzahl von Jahren für möglich gehalten worden wäre.
Die plumpen Friedenslister, die den rothen Lappen in andre
Länder tragen, werden es sich auf die Stirn schreiben müssen,
wenn eine Zeit lang wieder eine deutschfeindliche Stimmung
um sich greifen sollte, die anzufachen es bei dem geschäftlichen
Interesse, das die Chauvinisten daran haben, an Bemühungen
nicht fehlen wird. Das friedliebende deutsche Bürgerthum
wird dann wieder seine liebe Noth haben, das gleichfalls
friedliebende Bürgerthum Frankreichs, das in den Händen
der Plünderer vom Boulevard nicht immer kann, wie es
will, von der Ehrlichkeit seiner Absichten zu überzeugen.

Auch die „Staatsbürgerzeitung“ schreibt sehr zutreffend:
Die Vorgänge in Lille sind eine blutige Satire auf das
Schlagwort: Proletariat aller Länder, vereinigt Euch. Sie
sind gleichzeitig aber auch eine sehr deutliche Antwort auf
die jammervolle Haltung, die die sozialdemokratische Partei
und Presse während des Jubeljahres eingenommen hat.
Für eine Sorte von Menschen, die ihr Vaterland in dieser
Weise verleugnet, hat auch die französische Arbeiterchaft in

ihrer großen Mehrheit nur Verachtung. Das ist unseres
Erauktens die richtige Erklärung für die Kundgebungen in Lille.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Aus Friedrichshagen wird dem
„Hamb. Korr.“ vom Freitag gemeldet: „Die von einer Zei-
tung verbreitete Meldung über ein ungünstiges Befinden des
Fürsten Bismarck ist vollständig erfunden. Der Fürst er-
freut sich des besten Wohlbefindens und ist noch gestern aus-
gegangen.“

Klerikale Blätter hatten sich in sehr ungehöriger Weise
mißliebiger darüber geäußert, daß Professor Duden aus Gießen
den ältesten Söhnen des Kaisers geschichtliche Vorträge zu
halten habe. Der bekannte Historiker und Politiker genießt
allerdings infolge seiner Ueberzeugungen, die er auch in sei-
nem Werk „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“ niedergelegt,
nicht das Wohlwollen der Ultramontanen. Nun wurde, kurz
nachdem diese ultramontanen Kritiker sich hatten vornehmen
lassen, gemeldet, Duden habe seine Vorträge abgebrochen und
sei plötzlich von Wilhelms Höhe abgerissen. Das „Köln. Tagebl.“
stellt jedoch auf Grund einer Mittheilung Professor Dudens
fest, daß die am 15. und 16. Juli gehaltenen Vorträge die
erste Fortsetzung derjenigen waren, die Duden am 24., 25.
und 26. Juni in Pilsen gehalten hatte, und daß eine zweite
Fortsetzung auf Anfang Januar 1897 festgesetzt worden ist.

Das sogenannte Pastorentelegramm des Kaisers, das
Freiherr von Stumm seinerzeit veröffentlichte, ist, wie dem
„Dannov. Cour.“ als verbürgte Thatsache mitgeteilt wird,
umgedruckt worden, ehe Freiherr von Stumm in den Stand
gesetzt wurde, es zum Druck zu befördern. Einige Sätze
der ursprünglichen Fassung sollen noch erheblich markanter (?)
gelaute haben. Zuerst wäre das Telegramm nicht für die
Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Herr von Stumm habe
in seiner in Neunkirchen gehaltenen Rede die ersten Andeu-
tungen gemacht und damit eine Indiscretion begangen. Erst
nachdem diese Indiscretion stattgefunden hatte und nicht aus
der Welt geschafft werden konnte, habe der Kaiser die Ver-
öffentlichung des Telegramms befohlen.

Von großem Interesse ist ein Aufsatz der „Köln. Ztg.“
über die größere Verschuldung von überwiegend katholischen
Gegenden hinsichtlich der landwirtschaftlichen Schuldenlast.
Die Erhebungen des preussischen Finanzministeriums stellen
dies unzweifelhaft fest, und es wird ein Hauptgrund dafür
in dem Umstande gesucht werden müssen, daß gerade in katho-
lischen Gegenden jene Art der Gütervererbung besteht, wonach
ein Kind das Gut übernimmt und an die anderen uner-
schwingliche Gleichstellungsgelder herauszahlt. Dazu kommt dann
noch die größere Anzahl der Feiertage mit den daran sich
knüpfenden Folgen von Ausgaben und notwendiger Einstellung
bezahlter Arbeiter, ferner wohl in geringerem Maße das strenge
Festhalten an dem Verbote jeglicher Sonntagsarbeit. Der
Aufsatz hebt ausdrücklich hervor, daß auch die katholische bäuer-
liche Bevölkerung es weder an Fleiß noch an Sparsamkeit
fehlen läßt und nach keiner Richtung hinter der protestantischen
Bevölkerung zurücksteht.

Der Unterstaatssekretär Hofmann hat kürzlich dem Vor-
sitzende einer Berliner Bäckereivereinigung seine Mißbilligung da-

vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der
Amtshauptmannschaft Großenhain im Monat Juli dies. Jhrs. an Militär-Pferde
zur Verabreichung gelangende Marschfourage beträgt:

7 Mt. 69,1 Pfg. für 50 Kilo Hafer,
3 Mt. 15 Pfg. = 50 = „Euz“,
1 Mt. 89 Pfg. = 50 = „Stroh“.

Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,
am 22. Juli 1896.

D. 2191.

J. B.: von Gruben.

B.

Im Grundstücke des Herrn Baumeisters Schmalz in Ränckritz sollen
Sonnabend, den 1. August 1896,

von Vorm. 9 Uhr an,

mehrere Wagen und Ackergeräte, 1 Schlichter, 5 Kohlenkarren, 2 Pferdegeschirre, 2 Aufzüge-
schirre, 1 Wischmangel, 1 Pianino, mehrere Tische, Stühle, Schränke und Kommoden, 2 Sophas,
2 Bettstellen, 1 Pelt, 1 Regulator, 1 Wanduhr u. A. m. gegen sofortige Bezahlung meistbietend
versteigert werden.

Ein Verzeichniß der zu versteigernden Gegenstände hängt am Gerichtsbretre hier aus.
Riesa, 25. Juli 1896.

Der Gerichtsvollzieher beim R. Amtsger.
Schr. Sidam.

rüber ausgedrückt, daß sich die Bäckereimeister gegenüber der
Verordnung über die Arbeitszeit in ihrem Gewerbebetrieb
agitatoren bethätigen. Insofern es sich bei den Bäckern
um Bestrebungen auf Wiederherstellung des Zustandes, wie
er bis zum 1. Juli bestanden hat, handelt, liegt in diesem
Tadel ein beherzigenswerther Rath. Denn es erscheint aus-
geschlossen, daß die Regierungen ihre Verordnung zurück-
ziehen werden. Wenn aber aus dem Gewerbe Abänderungs-
vorschläge hervorgehen, die mit dem Grundgedanken der Ver-
ordnung im Einklang stehen, so wird wohl nicht zu befürchten
sein, daß der Bundesrath an dem Werk des Herrn v. Ber-
lepsch wie an etwas Vollkommenem festhält. Bis jetzt sind,
soweit bekannt, zwei Wege zur Erleichterung der dem Bäcker-
gewerbe auferlegten Last bezeichnet worden. Eine Berliner
Innung will die Nacharbeit durch gesetzliche Bestimmungen
verbieten und im Uebrigen volle Freiheit gelassen wissen, die
Greizer Innung glaubt, daß dem Selbstbestimmungsrecht
der Unternehmer durch Einführung einer Maximalarbeits-
woche von 84 Stunden eine erträgliche Schranke gezogen
werden könne. Der erste Vorschlag kommt, da er das Ver-
bot der Nacharbeit durch die Gesetzgebung ausprechen lassen
will, allerdings dem Verlangen auf Zurückziehung der ganzen
Verordnung gleich, aber er stellt sich ebenso wie der zweite
grundsätzlich auf den Boden des Bundesraths. Wenn der
demnächst zusammentretende Centralverband deutscher Bäcker-
innungen das Gleiche thut, wird man auch in Regierungskre-
isen nicht mehr von einer tadelnswerthen, lediglich negiren-
den Agitation sprechen können.

Griechenland. Die Zeitung „Akropolis“ in Athen
veröffentlichte am 24. d. in einer Sonderausgabe einen
Drahtbericht aus Saloniki, wonach am Dienstag ein griechi-
sches Freiweibercorps ein heftiges Gefecht mit einer türkischen
Truppenabtheilung bei Niabusta in Südmacedonien gehabt
hat. Von zweihundert griechischen Soldaten sind nur drei
entkommen, die übrigen wurden getödtet, achtzehn gefangen
genommen. Ein türkisches Bataillon aus Strumnizza, kaum
in Saloniki angelangt, wurde sofort mit 500 Mann der
Saloniker Garnison nach Niabusta vorgeschoben, andere Trup-
pen in Macedonien und Epirus sind in Bewegung gesetzt.
Jenes erste griechische Corps besteht aus Macedoniern, die
nach Thessalien zur üblichen Erntearbeit gekommen waren,
sich dort ausgerüstet hatten und dann in Segelbooten zu
Wasser von Thessalien nach Katerina jenseits des Olymps ge-
fahren waren. Dieser erste Ausbruch des griechischen Ele-
ments in Macedonien steht unzweifelhaft mit der kretensischen
Krisis in Verbindung und kann der Vorbild einer ernstlichen Ver-
wickelungen werden. Die Gemüther in ganz Griechenland
und allen griechischen Colonien sind gefährlich aufgeregter wegen
des schwachen Auftretens Europas gegenüber der Pforte und
man entschließt sich allmählich zu einer verzweifelten Erhebung
gegen die Türken.

Türkei. Die Nachrichten aus der Türkei lauten nicht
günstig: Schwierigkeiten an allen Enden, Unruhen in Armenien,
wachsender Aufstand in Syrien, Ausdehnung der Unzufrieden-
heit auf Areta, Würgung in Macedonien! Dazu tritt das ge-
steigerte Mißtrauen der Mächte gegen die Ehrlichkeit der
türkischen Verwaltung und Staatskunst und zu Allem die
finanzielle Mißere. Man spricht zudem von der Möglichkeit